

LTWP-5 5. Starke Familien – Beteiligte Jugend

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 17.09.2020
Tagesordnungspunkt: 2. Kapitel 5 Familie – Kinder - Jugend

Text

1 Familie ist, wo Menschen füreinander da sind. Sie kümmern sich umeinander,
2 übernehmen Verantwortung füreinander und stärken so den Zusammenhalt in unserer
3 Gesellschaft. Es gibt viele Entwürfe, wie Familien leben wollen und glücklich
4 sind. Unabhängig ob Patchwork- oder Regenbogen-Familien, gemeinsam oder
5 alleinerziehende Elternteile – wir GRÜNE möchten Familien in all ihrer Vielfalt,
6 ihren Bedürfnissen und verschiedenen Lebensentwürfen unter die Arme greifen.
7 Familien haben in der Krise einen großen Teil der Belastungen getragen. Jetzt
8 kommt es darauf an, Familien besser zu unterstützen. Dafür brauchen wir eine
9 moderne Familienpolitik, die es zum Beispiel ermöglicht, Familie und Beruf gut
10 miteinander zu vereinbaren. Damit jede*r selbst entscheiden kann, wo und wie das
11 am besten gelingt, setzen wir uns für die bessere Vereinbarkeit von Familie und
12 Beruf ein und machen uns unter anderem für ein Recht auf Homeoffice stark.

13 Für uns ist jedes Kind ein Geschenk. Alle Kinder sollen fern von Armut und
14 Gewalt gut aufwachsen können, deswegen wollen wir starke Kinderrechte in der
15 Verfassung verankern. Familien in Not wollen wir schnell und einfach helfen.
16 Dazu braucht es ein noch besseres Netz von Anlaufstellen, das Familien in einer
17 schwierigen Zeit auffängt.

18 Jugendliche zeigen uns derzeit, wie aktiv sie ihre Zukunft in die Hand nehmen
19 und auch bereit sind, Verantwortung zu tragen. Sie übernehmen
20 überdurchschnittlich häufig Ehrenämter und kämpfen gegen die Klimakrise – und
21 damit für unsere und die Zukunft kommender Generationen. Die Absenkung des
22 Wahlalters auf 16 ist eine überfällige Antwort auf dieses großartige Engagement.

23 Vereinbarkeit in allen Lebenssituationen

24 Gute Bildungs- und Betreuungsangebote sind eine zentrale Voraussetzung für die
25 Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das hat sich gerade in der Krise sehr
26 deutlich gezeigt, als Kitas und Schulen geschlossen waren. Gleichzeitig muss
27 eine familien- und zeitgerechte Politik die Bedingungen dafür schaffen, dass die
28 Vereinbarkeit auch in den sich wandelnden Lebensphasen der Familienmitglieder
29 verwirklicht werden kann. Dazu zählt das Recht auf familienbedingte Teilzeit
30 ebenso wie der Rechtsanspruch auf Rückkehr in die Vollzeitbeschäftigung. Wir
31 setzen uns für flexible Vollzeitmodelle ein, die Beschäftigten ermöglicht, ihre
32 wöchentliche Arbeitszeit innerhalb eines Korridors von 30 bis 40 Stunden zu
33 variieren.

34 Bei der Weiterentwicklung der Regelungen zum Elterngeld wollen wir die
35 partnerschaftliche Aufteilung der Sorge für Kinder zur Norm machen. Mit der
36 KinderZeit Plus wollen wir bundesweit den Anspruch auf Elterngeld von derzeit 14
37 auf 24 Monate erhöhen, wovon jedem Elternteil jeweils acht Monate zustehen. Die
38 weiteren acht Monate können sich die Eltern untereinander aufteilen. Die Eltern
39 können die Monatsbeträge abwechselnd oder gleichzeitig beziehen.
40 Alleinerziehende haben Anspruch auf die vollen 24 Monate KinderZeit Plus.

41 Familie bedeutet füreinander auch in schwierigen Lebenslagen da zu sein. Deshalb
42 wollen wir bei Pflegebedürftigkeit eines Familienmitglieds das Recht stärken,
43 die Arbeitszeit reduzieren zu können.

44 Es soll selbstverständlich sein, auch von zu Hause arbeiten zu können, um Arbeit
45 und Familie besser unter einen Hut zu bekommen. Wenn keine wichtigen Gründe
46 dagegensprechen sollen Arbeitnehmer*innen ein Recht auf Homeoffice haben.

47 Zeitkonflikte in Familien entstehen häufig, weil die zeitliche Taktung vor Ort
48 beispielsweise von Kitas, Schulen und dem Nahverkehr nicht aufeinander
49 abgestimmt ist. Deshalb werden wir die Zeitbüros und Zeitlotsen in den Kommunen
50 auch künftig fördern.

51 Familien unterstützen

52 Familien sollen die ihnen zustehenden finanziellen Leistungen bei einer einzigen
53 Stelle beantragen können – „alle Leistungen aus einer Hand“. Wir setzen uns
54 daher für ein Modellprojekt in Rheinland-Pfalz ein, das diese Art der
55 Leistungsgewährung vor Ort in mehreren Kommunen erprobt.

56 Mit einem landesweiten Konzept wollen wir dafür sorgen, dass Familien günstiger
57 Dienstleistungen und Einrichtungen aus den Bereichen Soziales, Kultur und
58 Bildung in Anspruch nehmen oder besuchen können.

59 Alleinerziehende leisten enorm viel und tragen an sieben Tagen der Woche 24
60 Stunden die Verantwortung. Das Armutsrisiko ist nach wie vor extrem hoch. Wir
61 setzen uns dafür ein, dass Alleinerziehende mit einer Kindergrundsicherung und
62 mit wirksamen Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf mehr
63 Unterstützung erfahren.

64 Guter Start ins Kinderleben – Kinderarmut bekämpfen

65 In Rheinland-Pfalz leben rund 250.000 Kinder in armen Familien. Sie leiden nicht
66 nur unter einem Mangel an finanziellen Mitteln, sondern auch unter Isolation und
67 Ausgrenzung. Um Kinderarmut effektiv zu bekämpfen, benötigen wir dringend eine
68 bundesweite Kindergrundsicherung, die den Mindestbedarf der Kinder deckt.
69 Dadurch werden bürokratische Hürden abgebaut und auch Kinder, die in armen
70 Familien aufwachsen, können ein selbstbestimmtes Leben führen. Kinder werden
71 dann nicht mehr auf Grund der finanziellen Not der Eltern davon abgehalten sich
72 frei zu verwirklichen und zu beteiligen, beispielsweise dem Sportverein
73 beizutreten oder Musikunterricht zu nehmen. Kernpunkte in der Landespolitik bei
74 der Bekämpfung von Kinderarmut sind eine gute soziale Infrastruktur, kostenfreie
75 Bildung, Ausbildungs- und Arbeitsmarktprogramme sowie die gezielte Unterstützung
76 von Kindern und Jugendlichen in Armut.

77 Mit den Programmen Guter Start ins Kinderleben und Frühe Hilfen erreichen wir
78 vor allem Frauen, Familien und Kinder, die bei der Geburt eines Kindes bei den
79 vielen kleinen und großen Herausforderungen eine besondere Unterstützung
80 benötigen. Es wird zum Beispiel ermöglicht, dass Familienhebammen Müttern und
81 Vätern eng zur Seite stehen und individuelle Beratung leisten können.

82 Ein flächendeckendes Netz kostenfreier landesgeförderter Beratungsstellen in
83 Rheinland-Pfalz hilft Familien in besonderen Problemlagen. Wir wollen diese
84 Beratungsangebote fördern und weiterentwickeln, um den Zugang zu erleichtern.

85 Das gilt auch für Häuser der Familien, Familienbildungsstätten und
86 Familienzentren.

87 Kitas und Grundschulen wollen wir als Kinder- und Familienzentren
88 weiterentwickeln. Hier können Eltern wohnortnah und niedrigschwellig vielfältig
89 vernetzte Dienstleistungen für Kinder und Familien entweder direkt in Anspruch
90 nehmen oder sich vermitteln lassen. Gemeinsam mit den Kommunen werden wir ein
91 Landesprogramm Kommunale Präventionsketten entwickeln und helfen, es umzusetzen.

92 Kinderrechte stärken

93 Das Recht jedes Kindes auf Förderung seiner Entwicklung und Entfaltung der
94 Persönlichkeit, auf den Schutz vor Gewalt, vor Vernachlässigung und Ausbeutung
95 sowie das Recht auf Beteiligung muss ins Grundgesetz aufgenommen werden. In
96 Rheinland-Pfalz werden wir vorangehen und diese Rechte für Kinder in die
97 Landesverfassung aufnehmen.

98 Bei Kindschaftsverfahren muss der Grundsatz „Vom Kind her denken“ gelten. Das
99 heißt vor allem, dass die Rechte der Kinder und Jugendlichen im Verfahren weiter
100 gestärkt werden. Bisher schon gilt, dass die besonderen emotionalen und
101 psychischen Bedürfnisse von Kindern entsprechend ihrem jeweiligen Alter der
102 Maßstab für das Handeln aller Beteiligten sind. Damit das auch tatsächlich so
103 umgesetzt wird, wollen wir die rechtlichen und organisatorischen Bedingungen
104 dafür verbessern.

105 Kinder vor Gewalt schützen

106 Wir werden den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Vernachlässigung und
107 Gewalt weiter ausbauen. Wir wollen einen Pakt gegen den sexuellen Missbrauch von
108 Kindern und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz, um eine wirksame Prävention und
109 eine flächendeckende kindgerechte Intervention in Fällen sexuellen Missbrauchs
110 zu gewährleisten. Dabei müssen Kinder, Eltern, Schulen, Polizei, Jugendämter,
111 Vereine, Staatsanwaltschaften und spezialisierte Fachberatungsstellen
112 gleichermaßen einbezogen werden.

113 Ziel dieses Paktes ist, die Handlungskompetenz aller Beteiligten im Bereich der
114 Prävention und der Intervention so zu stärken, dass sie den Schutz von Kindern
115 und Jugendlichen koordiniert und übergreifend leisten können. Schulen und Kitas
116 haben bei der Prävention eine Schlüsselrolle. Bereits bestehende Programme
117 wollen wir ausbauen und künftig auch für typische Täterstrategien
118 sensibilisieren.

119 Die gesetzlich vorgeschriebene Stärkung von Opferrechten wollen wir konsequent
120 umsetzen. Das erfordert entsprechende personelle und technische Voraussetzungen,
121 um die Belastungen kindlicher Opferzeugen so gering wie möglich zu halten. Ein
122 möglichst flächendeckender Ausbau von Beratungsstellen soll sicherstellen, dass
123 die Betroffenen begleitet werden können. Die Strafverfolgungsbehörden, die
124 digitale Missbrauchsdarstellungen aufdecken, werden wir aufstocken. Kein Täter
125 darf sich sicher fühlen. Der Druck, entdeckt und verfolgt werden zu können, muss
126 massiv erhöht werden.

127 Erfahrungen mit Missbrauchsfällen haben gezeigt, wie wichtig es ist, auch in der
128 Justiz die Kompetenzen zu bündeln. Deshalb richten wir
129 Schwerpunktstaatsanwaltschaften und -gerichte an, die mit vereinter Kraft die
130 Strafverfolgung von sexualisierter Gewalt übernehmen. Wir werden die

131 Kinderschutzdienste flächendeckend ausbauen und dafür sorgen, dass
132 Traumaambulanzen im Falle eines sexuellen Missbrauchs schnell Hilfe leisten.

133 Inklusiv Kinder- und Jugendhilfe

134 In den vergangenen Jahren haben die Gefahren für das Kindeswohl zugenommen.
135 Kinder und ihre Familien in Not benötigen professionelle individuelle Angebote,
136 um sozial und emotional gestärkt zu werden. Unser Ziel ist es, die Schulen,
137 Kindertagesstätten, Jugendeinrichtungen und weitere Angebote im Sozialraum so zu
138 stärken, dass die dort Verantwortlichen eventuell entstehende Probleme bei der
139 Entwicklung von Jugendlichen und Familien schnell wahrnehmen und rechtzeitig
140 helfen können.

141 Die Kinder- und Jugendhilfe muss inklusiv umgesetzt werden. Dazu braucht es eine
142 Rechtsnorm unter der die gesamte Kinder- und Jugendhilfe vereint ist. Wir wollen
143 die Kommunen fördern, die Inklusiv Lösung organisatorisch vorwegzunehmen.

144 Bei der auf Bundesebene überfälligen Reform des SGB-VIII muss eine inklusive
145 Lösung mit dem Ziel „alle Hilfe aus einer Hand“ zur allgemeinen Norm werden.
146 Dadurch werden wir eine optimale Verzahnung und Kombination aller Leistungen der
147 Kinder- und Jugendhilfe, anderer Sozialleistungsträger sowie der Angebote der
148 Schulen gewährleisten. Gleichzeitig stellen wir sicher, dass das bisherige
149 Leistungsspektrum erhalten bleibt und die unterschiedlichen Ansätze der Hilfen
150 zur Erziehung einerseits und der Leistungen zur Teilhabe andererseits weiterhin
151 zur Anwendung kommen.

152 Platz für Kinder

153 Während der Corona-Krise haben wir feststellen können, wie wichtig Spielplätze
154 für die Kinder sind. Bewegung, frische Luft, kreatives Spiel und Sicherheit –
155 Kinder brauchen viel Raum für ihre Entwicklung. Wir möchten deshalb die Spiel-,
156 Aufenthalts- und Bewegungsflächen in den Kommunen erhalten und neue schaffen.
157 Dafür werden wir erneut ein Förderprogramm für naturnah gestaltete Spielflächen
158 auflegen. Wir wollen, dass öffentliche Einrichtungen familiengerecht organisiert
159 und ausgestattet sind und zum Beispiel Wickeltische und Eltern-Kind-Räume
160 verbindlich vorgeschrieben werden.

161 Die Jugend hat das Wort

162 In Rheinland-Pfalz haben wir viele junge Menschen, die eine tragende Rolle im
163 Ehrenamt übernehmen, die politisch interessiert sind und klar und deutlich
164 sagen, was sie wollen: mitbestimmen. Seit vielen Monaten demonstrieren
165 zahlreiche junge Menschen beispielsweise gegen die Klimapolitik der
166 Bundesregierung, weil sie nicht länger hinnehmen wollen, dass untätige
167 Politiker*innen ihre Zukunft verspielen. Das verdient nicht nur unseren Respekt,
168 sondern ist Aufforderung, zu handeln.

169 Mitbestimmung und Freiräume

170 In vielen Bundesländern dürfen junge Menschen schon mit 16 wählen und so am
171 politischen Leben teilhaben – das soll endlich auch bei den Landtags- und
172 Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz möglich sein. Damit die Anliegen junger
173 Menschen auf Landesebene noch mehr Gehör finden, werden wir die Einrichtung
174 eines Jugendbeirats im Land unterstützen. Außerdem möchten wir die
175 Jugendstrategie JES! Jung. Eigenständig. Stark ausbauen, damit die Belange

176 Jugendlicher in allen Politikbereichen wahrgenommen und mitgedacht werden.
177 Jugendzentren und dezentrale, zunehmend auch mobile Angebote der Jugendarbeit
178 bieten jungen Menschen Freiräume und Gestaltungsmöglichkeiten. Im Rahmen der
179 Jugendstrategie soll die Jugendarbeit vor Ort weiter ausgebaut werden. Junge
180 Menschen brauchen auch vor Ort Räume und Angebote – dafür muss das Land die
181 finanziellen Mittel weiter bereitstellen.

182 Jugendbeteiligung in den Kommunen

183 Wir GRÜNE wollen, dass Kinder und Jugendliche das Leben auf kommunaler Ebene
184 mitgestalten können. In fast 75 Prozent der Kommunen in Rheinland-Pfalz haben
185 sie dazu keine Möglichkeit. Das muss sich ändern. Wir werden Jugendliche dabei
186 unterstützen, ein Jugendparlament zu beantragen. Kommunale Jugendvertretungen
187 sollen ein Rede-, Anhörungs- und Antragsrecht in den kommunalen Räten und ein
188 eigenes Budget bekommen. Kommunen müssen bei Planungen und Vorhaben, die die
189 Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise
190 beteiligen. Das soll in der Gemeindeordnung festgeschrieben werden.

191 Jungdliches Engagement

192 Jugendliche übernehmen im Vergleich zur restlichen Bevölkerung
193 überdurchschnittlich häufig ein Ehrenamt. Sie bringen sich in ihren Städten und
194 Gemeinden ein, in Sportvereinen, in der Schule, in Jugendgruppen, bei der
195 Jugendfeuerwehr oder in politischen Jugendorganisationen. Wir GRÜNE werden
196 dieses Engagement besser unterstützen. Dafür wollen wir mit einer umfangreichen
197 Änderung des Landesgesetzes zur Stärkung des Ehrenamts in der Jugendarbeit die
198 Erstattung des Verdienstausfalls auf ein zeitgemäßes Niveau anheben.